MUBARAK: Ägypten ist nicht der Vormund dieser Staaten. In solch einem Fall müßten schon die arabischen Staaten gemeinsam darüber entscheiden, was zu tun ist. Die Gefahr am Golf ist keineswegs eine rein ägyptische Angelegenheit.

SPIEGEL: Hat Ägypten Militärexperten in den Irak oder in die Golf-Emirate

geschickt?

MUBARAK: Nein. Es mag einige Militärs geben, deren Dienstzeit hier abgelaufen ist und die jetzt im Irak engagiert sind. Außerdem leben dort Auslandsägypter, die der Irak verpflichtet hat.

SPIEGEL: Mit anderen Araberstaaten haben Sie militärische Beistandsabkommen, etwa mit dem Sudan. Kann er im Bedarfsfall auf Ihre Hilfe rechnen?

MUBARAK: Zum Sudan ist unser Verhältnis eindeutig: Wir werden dem Sudan, wenn nötig, militärisch zur Seite stehen, das steht außer Frage.

SPIEGEL: Ein solcher Bedarfsfall könnte eine Bedrohung des Sudan durch Libyen sein. Sudan-Präsident Numeiri fürchtet so etwas und auch Hissen Habre, der Staatschef des Tschad.

MUBARAK: Ich hoffe, daß Gaddafi nicht noch einmal in den Tschad einmarschiert. Dabei wird er nicht nur nichts gewinnen, sondern er könnte dabei schwer zu Schaden kommen.

SPIEGEL: Wie stehen die ägyptischlibyschen Beziehungen?

MUBARAK: Sie sind weder gut noch schlecht. Es gibt keinerlei Art von Beziehungen zwischen Libyen und Ägypten.

SPIEGEL: Gaddafi setzt offenbar auf Ihre innenpolitischen Gegner. Vor wenigen Tagen begann in Kairo ein Mammutprozeß gegen Hunderte von religiösen Fanatikern.

MUBARAK: Fanatiker gibt es überall auf der Welt, nicht nur in Ägypten.

SPIEGEL: In Ägypten haben sie immerhin den Präsidenten ermordet. Wie wollen Sie der unter der Oberfläche erkennbaren Gefahr des religiösen Ex-

tremismus begegnen?

MUBARAK: Obwohl wir diesen Prozeß anstrengen, behaupte ich, daß Ägypten weit weniger anfällig für Terrorismus ist als alle anderen Länder der Welt. Wir verfolgen die Situation sehr genau. In Ägypten herrscht größere Sicherheit als sonstwo auf der Welt. Wir sind damit befaßt, das Problem zu lösen, wohlgemerkt, ohne gewaltsame Methoden anzuwenden. Wir wissen sehr wohl, daß Gewalt nur Gegengewalt auslöst.

SPIEGEL: Und die Angeklagten, die jetzt die Todesstrafe zu erwarten haben? Wird der Prozeß mit Massenhinrichtun-

MUBARAK: Nein, nein, nein. So etwas ist absurd. Wir sind ein zivilisierter Staat. Bei uns gibt es ein funktionierendes Gerichtswesen, Kläger und Richter, die gerechte Urteile fällen werden.

SPIEGEL: Herr Präsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

OPEC

Außerst schmerzhaft

Wenn sich das Ölkartell Opec nicht auf neue Förderquoten einigt, könnte rasch ein offener Preiskrieg aus-

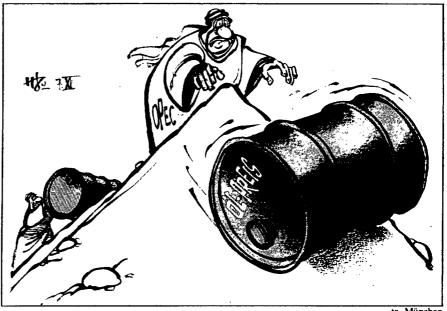
Die Kartell-Brüder wichen auf neutra-len Boden aus: Kurzfristig verlegte die Organisation Erdöl exportierender Staaten (Opec) ihre in der nigerianischen Hauptstadt Lagos geplante Jahresschluß-Konferenz nach Wien.

Einen Grund für den Ortswechsel gab die Opec nicht bekannt. Kartell-Beobachter meinen gerade deshalb, das Motiv genau zu kennen: In Wien, dem Sitz ihres Generalsekretariats, können sich

Die eine Gruppe, zu der die ölreichen, bevölkerungsarmen arabischen aber Feudalstaaten am Golf gehören, wird von Saudi-Arabien, dem weitaus größten Opec-Produzenten, angeführt. Den Saudi-Troß bilden Kuweit, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die andere Gruppe ist kein politisch, wirtschaftlich und ethnisch geschlossener Block wie der Saudi-Bund. Zu ihr zählen bevölkerungsstarke Opec-Länder wie Algerien und Nigeria, die dringend Devisen für ihre Industrialisierungsprojekte benötigen, dazu der Iran, der mit Petrodollar seinen Krieg gegen den Opec-Nachbarn Irak finanziert, und schließlich der notorische Quertreiber Libyen.

Diese finanzhungrige Gruppe wird nur durch den Willen geeint, dem kapitalstarken Saudi-Lager Kunden abzujagen. Und das gelang ihr in den vergangenen



die Delegierten der 13 Opec-Staaten* am nächsten Sonntag ungenierter befehden als in der Hauptstadt eines Mitgliedslandes.

Wie schlecht die Stimmung im Kartell ist, hatten die Ölförderstaaten schon bei einem Wiener Treffen im Juli vorgeführt. Bei dem Versuch, neue Förderquoten für die einzelnen Mitgliedsstaaten festzulegen, zerstritten sich die Olminister so sehr, daß sie ihre Konferenz abbrachen. Nicht einmal das sonst übliche nichtssagende Kommuniqué am Ende von Opec-Konferenzen brachten sie damals noch zustande.

Seither hat sich das Konflikt-Potential innerhalb des Kartells noch verstärkt. Weil die Nachfrage der Verbraucherländer nach Opec-Öl schrumpft, kämpfen zwei schon seit längerem verfeindete Kartell-Fraktionen erbittert um ihre Marktanteile.

Monaten so gut, daß die Saudis nicht länger stillhalten möchten.

Während sich die Saudis trotz steigender Absatz-Schwierigkeiten an den im Herbst 1981 vereinbarten Kartell-Richtpreis von 34 Dollar je Barrel (159 Liter) hielten, erhöhten deren Kontrahenten durch versteckte Preis-Nachlässe ihre Marktanteile. Mit 1,8 Millionen Barrel pro Tag fördern beispielsweise die Libyer derzeit über eine Million Barrel mehr, als sie nach einem Kartell-Abkommen vom März produzieren dürften.

Das Ajatollah-Regime im Iran scherte sich ebensowenig wie Libyens Oberst Gaddafi um Opec-Beschlüsse. Statt der 1,2 Millionen Barrel täglich, die ihnen die anderen Kartell-Mitglieder zugestanden hatten, fördern die Perser 2,5 bis 2,7 Millionen Barrel täglich.

Die im Kartell-Streit neutralen Venezolaner, die sich zunächst an die Mengen-Vereinbarung vom März gehalten hatten, fühlten sich wegen dieser Verstö-Be schließlich auch nicht mehr an ihr Förder-Limit von 1,5 Millionen Barrel

^{*} Opec-Mitglieder sind Algerien, Ekuador, Gabun. Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuweit, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate.

gebunden. Mit fast 2,3 Millionen Barrel täglich produzieren sie derzeit, was ihre Förder-Anlagen hergeben.

Die Saudis dagegen hätten zwar sieben Millionen Barrel je Tag fördern dürfen und technisch sogar über elf Millionen Barrel fördern können. Sie mußten aber ihre Produktion in den Monaten August bis Oktober, weil zu ihrem Preis nicht genügend Öl verlangt wurde, auf durchschnittlich 5,5 Millionen Barrel täglich herunterfahren. "Ein Exodus von Ölkäufern", dramatisierte das US-Wirtschaftsmagazin "Business Week", "versetzt das Saudi-Lager in Panik."

Den Saudis machten allerdings nicht nur Preisbrecher innerhalb des Kartells zu schaffen. Auch Briten, Mexikaner und andere Ölexporteure, die nicht der Opec angehören, warben durch niedrigere Preise Kunden ab.

"Diese Exporteure außerhalb der Opec können sicher Absatz und Einnahmen maximieren", analysierten Opec-Berater in einer vergangene Woche veröffentlichten Studie, "indem sie ihr Ol zu Preisen anbieten, die gerade unter den Opec-Preisen liegen."

Die Experten-Gruppe empfiehlt der Opec daher, sich mit den Briten, Mexikanern und anderen Außenseitern so weit wie möglich abzustimmen. Vor allem aber rät sie den zerstrittenen Kartell-Genossen, sich erst einmal während der Wiener Konferenz am nächsten Sonntag auf neue Förder-Quoten zu einigen und fortan keine heimlichen Öl-Rabatte mehr zu gewähren.

Andernfalls sei die Gefahr sehr groß, so warnen die ehemaligen Opec-Generalsekretäre Ali Jaidah und Francisco R. Parra sowie vier weitere Ölfachleute, "daß ein Preiskrieg ausbricht". Die Kartell-Tarife würden dann schon im nächsten Frühjahr zusammenbrechen.

Die Experten-Gruppe hält sogar eine Regie-Anweisung an die Saudis und ihre Verbündeten für den Fall bereit, daß störrische Opec-Mitglieder wie die Iraner und Libyer am nächsten Sonntag auf keine gemeinsame Kartell-Linie zurückzubringen sind. Die Saudi-Fraktion solle dann, so die Opec-Berater, schon während des Wiener Treffens verbindlich erklären, daß sie ihre Olpreise wenige Tage nach der Konferenz "erheblich" senken werde. Notfalls müßten die Preise, so empfehlen die Experten, ein zweites Mal gesenkt werden.

Solche Preisabschläge könnten schnell Wirkung zeigen. Sie wären nämlich vor allem für die finanzschwachen Saudi-Gegner im Kartell äußerst schmerzhaft: Jeder Dollar Preis-Nachlaß bringt der Opec einen-Einnahme-Verlust von-7,5 Milliarden Dollar im Jahr.

BULGARIEN

Schöne Grüße

Der sonst allgegenwärtige Staatsund Parteichef Schiwkoff machte sich rar – war er nur krank?

Fast drei Jahrzehnte lang war Todor Schiwkoff, 71, für die Bulgaren der Größte: Staatspräsident und mit 28 Amtsjahren als KP-Chef der mit Abstand Dienstälteste im gesamten Ostblock.

Kein Tag verging, an dem Radio, Fernsehen und die Zeitungen seinen Namen nicht wenigstens einmal priesendie Parteizeitung "Rabotnitschesko delo", so hat ein politologischer Zähler aus einem Kölner Ostinstitut errechnet, in einer einzigen Ausgabe des Jahres 1970 sogar 217mal.

Doch jäh verschwand der Name Schiwkoff, der bisher im Ostblock trotz aller Krisen und Unruhen für "unerschütterliche Treue zur großen Sowjet-Union" stand, vor zwei Monaten aus den Schlagzeilen der bulgarischen Zeitun-



Parteichef Schiwkoff vor dem Zentral-Komitee (März 1981): "Gewisse Viren"





SCHONT TEPPICH UND BÖDEN VÖLLIG DURCHSICHTIG

Durchsichtig, schön glänzend und trotzdem äusserst strapazierfähig. Wird weder springen noch Risse bekommen, sogar nach jahrelangen Benutzung. Bleibt immer glatt und straff. Ermöglicht reibungsloses Gleiten.

l Jahr Garantie.

Fordern Sie deshalb noch heute kostenloses und unverbindliches Gratisinfo.

D. SCHWARTZ GMBH PF 1708 - 764 KEHL a. Rh.